

# **Linksjugend fordert Aufklärung über sexuelle Vielfalt – keine Macht den Ewiggestrigen**

Die Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg begrüßt die Verankerung des Lernziels, das Wissen von Schülerinnen und Schülern über das Thema “sexuelle Vielfalt” im neuen Bildungsplan 2015 zu fördern und fordert die grün-rote Landesregierung auf, nicht dem Druck von Kirchenfunktionäre und homophober Petitionssteller\*innen nachzugeben und den Bildungsplan zügig einzuführen. Nach der ansonsten gescheiterten grünroten Bildungspolitik, die vor allem durch den Lehrerstellenabbau geprägt ist, darf nun eine solch positive Maßnahme nicht dem Treiben einiger Ewiggestriger zum Opfer fallen. Dass „schwul“ zu den meistverbreiteten Schimpfwörtern auf deutschen Schulhöfen gehört, macht den immensen Handlungsbedarf deutlich.

„Die Akzeptanz verschiedener Lebens- und Liebesweisen und Familienmodellen sollte eigentlich selbstverständlich sein. Da dem jedoch nicht so ist, gilt es, über die Liebesweisen aufzuklären. Mit einem Petitionswettstreit, wie er derzeit stattfindet, ist es noch lange nicht getan“, erklärt Oli Kube, Landessprecher der Linksjugend Baden-Württemberg. Die Zustimmung, welche die Petition gegen eine angebliche „Ideologie des Regenbogens“ erhält, ist alarmierend und zeigt, dass Homophobie kein Randproblem einzelner Kirchenfunktionäre oder Fußballfans ist. Die Medien nehmen dabei eine widersprüchliche Rolle ein. Einerseits feiern sie derzeit alle das Outing des ehemaligen Fußballprofis Thomas Hitzlsperger, andererseits wird nur wenig hinterfragt, warum es überhaupt so etwas wie Outings geben muss. Ein Outing – so erfreulich und

ermutigend es für andere Betroffene auch sein mag – impliziert die Notwendigkeit eines Versteckens, das dem Outing logischerweise vorausgeht. Es handelt sich jedoch nicht nur um die Homosexualität, deren Akzeptanz wir erkämpfen müssen. Menschen, die keinem gängigen Geschlechterrollenbild entsprechen wie etwa Transsexuelle, Transgender oder Intersexuelle, leiden unter Diskriminierung auf allen Ebenen, sowohl seitens des Staates als auch von der Gesellschaft ausgehend. Offene und polyamore Beziehungsformen (Beziehungen zu mehr als einer Person, in vollem Wissen und Einvernehmen aller Beteiligten) duldet der Staat zwar, jedoch sind gerade Frauen, die sich gegen die monogame Norm wenden, besonderer Diskriminierung ausgesetzt. Wir fordern die Akzeptanz aller Geschlechter sowie aller Liebesweisen, die auf Selbstbestimmung und Einvernehmlichkeit basieren. Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersliebenden.